



Antrag

der Abgeordneten **Manfred Ländner, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Andreas Lorenz, Peter Tomaschko CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Umgang mit Überstunden in der Bayerischen Polizei

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu den Lösungsansätzen für zukünftig nachhaltigen Umgang mit Mehrarbeit und Überstunden in der Bayerischen Polizei, welche durch die vom Staatsministerium des Inneren, für Sport und Integration eingesetzte Fachgruppe (FG) Mehrarbeit entwickelt wurden, schriftlich zu berichten.

Begründung:

Der signifikante Anstieg des Mehrarbeitsstundenbestandes der Bayerischen Polizei im Jahr 2022 basiert im Wesentlichen auf der Mehrbelastung durch den G7-Gipfel 2022 in Elmau. Ein Großteil der angefallenen Mehrarbeitsstunden ist direkt oder indirekt auf den Einsatz rund um den G7-Gipfel 2022 zurückzuführen. Die Beschäftigten der Bayerischen Polizei waren hierdurch über das Normalmaß hinaus beansprucht und haben für den Einsatzerfolg Außerordentliches geleistet.

Trotz der hohen Arbeitsbelastung der Bayerischen Polizei sind Maßnahmen zum Abbau von Mehrarbeitsstunden bereits erklärtes Ziel der Staatsregierung, ständige Aufgabe der Verbände der Bayerischen Polizei sowie der Führungskräfte. Hierzu gehört auch die ständige Aufgabenkritik und die Überprüfung von Arbeitsabläufen und der Aufbauorganisation hinsichtlich Optimierungsbedarfe.

Daher hat das Staatsministerium des Inneren, für Sport und Integration – auch aufgrund des Koalitionsvertrags – eine FG Mehrarbeit eingesetzt, deren konkrete Vorschläge zum Abbau der Mehrarbeitsstunden zeitnah vorliegen sollen. In bisher über 20 FG-Sitzungen wurden – auch unter Einholung externer Expertise – Lösungen entwickelt, die einen zukünftig nachhaltigen Umgang mit Mehrarbeit und Überstunden in der Bayerischen Polizei im Sinne des Koalitionsvertrags erwarten lassen.

Obwohl sich der mit diesen Maßnahmen (u. a. Transparenz und differenzierter Überblick durch strikte Kontentrennung im Zeitwirtschaftsprogramm der Bayerischen Polizei, verpflichtende Abbaupläne, Verstärkung der Dienstaufsicht, Vereinfachung der Feststellung vergütungsfähiger Mehrarbeit) zu erwartende Abbau der Mehrarbeitsstunden aufgrund des hohen Bestandes an Mehrarbeitsstunden erst mittel- bis langfristig einstellen kann, lassen die erarbeiteten Lösungsansätze bereits zum jetzigen Zeitpunkt einen Ausblick auf die jeweiligen Maßnahmen zu.